

OFFENER BRIEF

An Bundeskanzler Gerhard Schröder,  
an die Bundesregierung und  
an die fried- und freiheitsliebende, demokratisch gesinnte  
Öffentlichkeit in Deutschland und der Welt

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,  
sehr geehrte Damen und Herren Minister,  
liebe Freunde,

am Freitag, den 12.03.2004 haben sich – weitgehend unbemerkt in Deutschland - im Nordosten Syriens Ausschreitungen und Repressalien gegen Kurden ereignet, die möglicherweise jedoch zugleich den Ausgangspunkt für einen demokratischen Aufstand gegen das Baath-Regime unter Bashar al-Assad bilden. Bei den deutschen Medien sind diese Ereignisse bislang leider auf wenig Beachtung gestoßen; teilweise wurde erst am darauffolgenden Montag eine kurze, wenig informative Notiz veröffentlicht. Wer zeitnahe und aussagekräftige Informationen und Stellungnahmen suchte, konnte diese bedauerlicherweise nur bei ausländischen Medien erlangen. Danach zeichnet sich folgendes Bild ab:

Im Zusammenhang mit einem Fußballspiel zwischen einer kurdischen und einer arabischen Mannschaft kam es am 12.03.2004 in Qamishli in Syrisch-Kurdistan zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Arabern und Kurden, die durch bewaffnete arabische Zuschauer durch anti-kurdische Parolen und Steinewerfen provoziert worden sind. Die syrischen Sicherheitskräfte sind mit Waffengewalt gegen die Kurden vorgegangen. Das Blutbad brachte 20 Tote und rund 100 Verletzte (einige Quellen gehen von höheren Zahlen aus) mit sich. Am Folgetag setzten sich die Auseinandersetzungen in verschiedenen Städten in Nordsyrien fort. Die syrische Regierung griff zu drastischen Mitteln, um die kurdische Bevölkerung einzuschüchtern. Es wurden Panzer, Hubschrauber und das Heer nach Qamishli angefordert. Des Weiteren wurde eine Ausgangs- und Nachrichtensperre verhängt, und die Telefonleitungen wurden gesperrt.

In fast allen Städten mit hohem kurdischen Bevölkerungsanteil wurden als Reaktion auf die durch die Araber und durch die staatlichen Sicherheitskräfte ausgeübte Gewalt während des Sonntags die Einrichtungen der Regierung und der Baath-Partei gestürmt. Kurdische Studenten in allen Teilen Syriens sind am Aufstand beteiligt. Auch in Stadtteilen von Damaskus mit kurdischer Bevölkerung wird Widerstand gegen das Regime geleistet. Kurdische Demonstranten fordern bei Kundgebungen in zahlreichen Städten, dass in der syrischen Verfassung Minderheitenrechte für die kurdische Bevölkerung verankert werden. Die kurdischen Parteien richten Appelle an die Menschen, sich am demokratischen Aufstand gegen

das Baath-Regime zu beteiligen. In Gesprächen mit den anderen Parteien der demokratischen syrischen Opposition werden die weiteren Schritte und Maßnahmen besprochen. Der Prozess der Demokratisierung in Syrien ist wohl in eine neue Phase getreten. Derweil aber lässt die Regierung LKWs mit schwerbewaffneten Soldaten durch die kurdischen Städte fahren. Die syrische Armee hat eine Division nach Afrin verlegt, eine weitere hat Cizre besetzt. Eine Verhaftungswelle rollt über Aleppo, Afrin und Al-Cezoire. Es wurden Frauen und Jugendliche in Aleppo verhaftet. Die Zahl der Verwundeten steigt ständig, viele Verletzte aus Cizre müssten behandelt werden. Diese Patienten sind von den Sicherheitskräften aus den Krankenhäusern entführt worden. Die Zahl der Vermissten ist sehr hoch, inzwischen wird von über 2000 Menschen berichtet. Über deren Schicksal liegen keine Informationen vor.

Während damit zu rechnen ist, dass die USA sehr kurzfristig harte Sanktionen gegen Syrien verhängen, deutet derzeit nichts darauf hin, dass Deutschland mit vergleichbaren Maßnahmen auf die Politik Syriens insgesamt bzw. die jüngsten staatlichen Repressalien Syriens gegen Kurden reagiert. Ebenso wenig ist eine öffentliche Stellungnahme zur Verurteilung der Ausschreitungen und Repressalien durch die deutsche Regierung bekannt geworden. Die USA wollen mit den vorgesehenen Sanktionen, die bereits vor den Ereignissen des 12.03.2004 auf der Tagesordnung standen, im Interesse der Friedenssicherung und Demokratisierung den Druck auf Syrien verstärken, ohne jedoch das Leben der Bevölkerung nachhaltig zu beeinträchtigen. So sollen von dem Exportverbot als Teil der Sanktionen Medizin, Lebensmittel sowie Ausrüstungen für die Luftfahrt und die Kommunikation ausgenommen sein. Auch wenn Deutschland erkannt hat, wie sich u. a. aus dem Menschenrechtsbericht ergibt, dass die Menschenrechtssituation in Syrien unbefriedigend und prekär ist, dass Verletzungen der bürgerlichen und politischen Rechte in menschenrechtlicher Sicht das Hauptproblem in Syrien darstellen und die Lage der Kurden in Syrien ein Problem bleibt, so ist fraglich, ob es ausreichend ist, bei bilateralen Kontakten die Situation anzusprechen. Die Chancen, die Situation wirksamer zu beeinflussen, dürften weitaus höher sein, wenn sich die Bundesregierung in ihrer Politik gegenüber Syrien an der der USA orientieren würde.

Wie auch diese Ereignisse zeigen, werden in Syrien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte fortgesetzt mit Füßen getreten. Vor diesem Hintergrund fordern nicht nur die Kurden, sondern auch andere demokratische Organisationen den Aufbau eines Rechtsstaates und die Achtung der Menschenrechte. Doch der Einsatz dafür kann nur erfolgreich sein, wenn er auf breite Unterstützung, nicht nur im eigenen Land, trifft. Wir appellieren daher an die fried- und freiheitsliebende, demokratisch gesinnte Öffentlichkeit in Deutschland und der Welt, die Hinwendung zu demokratischen Reformen in Syrien zu unterstützen und insbesondere dem kurdischen Volk in seinem friedlichen Kampf um seine Grundrechte beizustehen sowie gegen Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und undemokratische Zustände in Syrien zu protestieren.

Insbesondere fordern wir den Bundeskanzler, den Außenminister und die gesamte Bundesregierung auf, ihren Einfluss zur Durchsetzung folgender Maßnahmen geltend zu machen:

1. Unverzügliche Öffnung der syrischen Grenze, um schnellstmöglich eine medizinische Versorgung der Opfer zu ermöglichen und humanitäre Hilfe leisten zu können.
2. Dringende Entsendung einer unabhängigen Untersuchungskommission der EU nach Syrien zur Begutachtung der Situation im Land
3. Die EU sollte im Rahmen der diplomatischen Beziehungen und der wirtschaftlichen Unterstützung Syriens auf demokratische Reformen und auf die Durchsetzung der Menschenrechte in Syrien drängen!

*Akram Naasan*

- Notarzt -

---

4. Konsequentes Vorgehen gegen Terror und Gewalt. Die Ermordung, Folter und politische Inhaftierung kurdischer Bürger durch das syrische System ist nicht länger hinzunehmen! Der Ausnahmezustand sollte dringend aufgehoben und die Truppen zurückgezogen werden!

5. Eine öffentliche Stellungnahme zur Verurteilung der Ausschreitungen und Repressalien durch die deutsche Regierung sollte dringend erfolgen. Ein entsprechendes Statement wird nicht nur von den in Deutschland lebenden Kurden, sondern auch von der Weltöffentlichkeit erwartet!

Wir danken Ihnen für jede Aktivität in diesem Sinne!

Mit freundlichen Grüßen

Akram Naasan, Notarzt  
stellvertr. Vorsitzender Internationale Nothilfe e. V. (IEH)

